

Bezugspreis:
Monatlich 95 Pfg., vierteljährlich 2,85 Mk.
frei ins Haus. Bei der Post abgeholt 90 Pfg.
und Mk. 2,70, durch den Briefträger
Mk. 1,04 und Mk. 3,12.
Frei-Beilagen:
Sommer- und Winterfahrplan.
Nassauischer Landwies.
Fernsprech-Anschluß Nr. 2.
Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Nassauer Bote

Verantwortlich: Dr. Albert Eber. — Redaktion: Dr. Albert Eber. — Verlag: Dr. Albert Eber, alle in Limburg.

Anzeigenpreis:
Die Lebensgröße Seite oder deren Raum
20 Pfg. Bei Stellenanzeigen und kleinen
Anzeigen ist die vierte Aufnahme umsonst.
Kleinanzeigen 60 Pfg.
Anzeigen-Annahme:
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.
Nachtrag nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.
Geschäftsstelle: Dierzerstraße 17.
Postfachkonto 12382 Frankfurt.

Nr. 17.

Limburg a. d. Lahn, Montag, den 21. Januar 1918.

49. Jahrgang.

Vertagung der Brester Verhandlungen bis zum 29. Januar.

Deutsche Tagesberichte.

WW. Großes Hauptquartier, 19. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Lebhafte Artilleriekämpfe im Stellungsbogen nordöstl. von Ypern, auf dem Südrück der Scarpe und in der Gegend von Mouscron. Auch an vielen Stellen der übrigen Front, namentlich zu beiden Seiten der Maas, war die Feuerkraft gesteigert. Nordlich von Verdun hielten Stütztruppen Gefangene aus den französischen Linien.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen lag unsere Höhenstellung nordöstlich von Paralovo tagsüber unter Artillerie- und Minenfeuer.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister.
Ludendorff.

WW. Großes Hauptquartier, 20. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Oftende wurde von See her beschossen. Heftige Artilleriekämpfe dauerten im Stellungsbogen nordöstl. von Ypern bis spät in die Nacht hinein an. Zu beiden Seiten der Yser, am Vaassee-Kanal sowie zwischen Lens und St. Quentin hat die Gefechtsintensität zugenommen. Mit besonderer Stärke lag englisches Feuer auf unseren Stellungen südlich von der Scarpe.

Die französische Artillerie war nur in wenigen Abschnitten lebhaft. Feuersteigerung trat zeitweilig im Waasgebiet sowie nördlich und südlich vom Rhein-Waas-Kanal ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Au der

Mazedonischen Front

und

Italienischen Front

Ist die Lage unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Neue Tauchboot-Resultate:

32 000 Gr.-B.-T.

WW. Berlin, 20. Jan. (Amtlich.) Eine unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Dieckmann, hat kürzlich sechs durchweg bewaffnete Dampfer mit rund 32 000 Brutto-Reg.-T.

vernichtet. Die Mehrzahl der Schiffe wurde in der Irischen See, teils einzeln, teils in Geleitzügen unter starker Sicherung fahrend, abgeschossen, unter ihnen ein etwa 12 000 T. großer Dampfer, ähnlich dem „Aric“-Typ der White Star Line.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Die russ Konstituante eröffnet.

Petersburg, 20. Jan. (WW.) Meldung der Petersburger Tel.-Agentur. Um 4 Uhr nachmittags ist im Taurischen Palast die verfassunggebende Versammlung von dem Vorsitzenden des Hauptauschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eröffnet worden, der eine Erklärung des Hauptauschusses verlas.

Stocholm, 20. Jan. Das „Dagbladet“ meldet aus Petersburg: Im ganzen Stadtgebiet finden anfänglich des Zusammentritts der Konstituante große Friedensversammlungen und Friedensdemonstrationen der Bevölkerung und der Arbeiterschaft statt. Die Regierung ist infolge unliebsamer Vorkommnisse zur Internierung aller in Petersburg ausständigen Rumänen gezwungen.

WW. Petersburg, 20. Jan. Die Petersburger Telegrammenagentur meldet: Die verfassunggebende Versammlung hat Tschernom mit 244 gegen 151 Stimmen, die auf Frau Spiridonowa fielen, zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt.

WW. Petersburg, 20. Jan. Meldung des Reuterschen Büros. Vier Stunden vor der Eröffnung der Konstituante griff eine maximalistische Truppe eine Prozession des Bundes zur Verteidigung der verfassunggebenden Versammlung an und rief die Fahne herunter. Dem ersten Befehl zum Feuern wurde durch Maschinengewehrfeuer Folge geleistet. Mehrere Personen wurden getötet, darunter ein Mitglied des ausführenden Ausschusses der Bauernbewegungen Bogdanow. Viele Personen, darunter mehrere Frauen, wurden verwundet.

Belagerungsstand in Petersburg.

Basel, 20. Jan. Nach einer Meldung der „Neuen Korrespondenz“ berichtet der Korrespondent der „Daily News“ aus Petersburg, daß sich dort eine

intimistisch-erhebende Erhebung vorüberziehen scheint. Die Kommission der Bolschewiki für die Sicherheit der Hauptstadt hat eine Proklamation erlassen, in der sie die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt und mitteilt, es sei ein Komplotz entdeckt worden mit dem Zweck, die Autorität der Sowjets zu brechen. Das Komplotz hätte am Freitag zur Durchführung gelangen sollen. Es sollen sich Kerenski, Filanowski und Stankow, die sich wie gemeldet in Petersburg versteckt halten, an der Spitze des Komplotzes befinden. In der Stadt ist der Belagerungsstand in der Tat; die Zugänge zum Taurischen Palast sind besetzt.

Anarchie in Rumänien.

Nach „Anfänger Nationalzeitung“ belegen verschiedene Nachrichten aus Rumänien, daß die Zustände in Rumänien einem Chaos gleichen. Die Armeen teilen sich bereits in eine anarchoistische und revolutionäre Partei. Der König und das Königschloß sind dauernd von einer starken Wache von Offizieren und Regierungstruppen umgeben. Viele russische und rumänische sozialistische Führer und Arbeiter wurden verhaftet, weil man einen Anschlag zum Sturz der Regierung entdeckte. Der König sollte gefangen genommen und die Republik ausgerufen werden. Lediglich werden große Versammlungen zugunsten des Friedens abgehalten. Der Trud der rumänischen Regierung auf Rumänien wird immer größer und die Lebensmittelpnot trägt dazu bei, die Stellung des Landes zu verschlimmern.

Greifende Anzeichen in Italien.

Schweizer Grenze, 20. Jan. Das „Bernener Tagblatt“ meldet aus Mailand: Im italienischen Hinterland und der Armee beginnen sich Anzeichen der Kriegsmüdigkeit und Disziplinlosigkeit schon wieder zu häufen. Großes Aufsehen erregte es, als am hellen Tage 20 italienische Offiziere gefesselt durch die Straßen von Mailand geführt wurden. Sie trugen auf dem Rücken Plakate mit der Aufschrift: Landesverräter zur Hinrichtung!

Ein Uebergriff des „Wiener Fremdenblatts“. Ein plumper Vorstoß des offiziellen „Wiener Fremdenblatts“ gegen eine angeblich beabsichtigte Entsendung des Fürsten Bülow nach West-Vitowst wird von einem großen Teil der deutschen Presse sehr energisch zurückgewiesen. So sagt die „Zagl. Rundschau“: Ohne alle Umschweife muß dieser plumpe Angriff auf den Fürsten Bülow durch das amtliche Wiener Organ als ein ungebührlicher und verletzender Uebergriff zurückgewiesen werden. Das Recht untrübe Unterhändler zu bestellen, müssen wir grundsätzlich für uns allein in Anspruch nehmen.

Garibaldi, der Kellner.

Schweizer Grenze, 20. Jan. Das „Bernener Tagblatt“ meldet aus Mailand: Garibaldi, der in der italienischen Armee den Rang eines Oberst-Brigadiers bekleidet, hat die Bildung und Führung eines neuen Freikorps unternommen. Seine Freischärler soll ausschließlich aus jenen Studenten der italienischen Universitäten zusammenlegen, die bisher vom Militärdienst befreit waren. In Mailand, Florenz, Rom und in Reggio in der Emilia sind Abteilungen dieses Garibaldi-Korps aufgestellt.

Kaiser Karl und die Streiks in Wien.

WW. Wien, 18. Jan. Meldung des f. u. f. Kor.-Büros. Den Abendblättern zufolge hat sich der Kaiser über die durch den Ausstand geschaffene Lage Bericht erstatten lassen und die Behörden beauftragt, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß den Wünschen der Arbeiter nach besserer Ernährung Rechnung getragen werde.

Das Ultimatum an Rumänien.

Das von der „Neuen Korrespondenz“ gemeldete Ultimatum der Volkskommission an Rumänien wird nunmehr durch einen gleichlautenden Bericht der Petersburger Telegrammen-Agentur bestätigt. Das Ultimatum ist unterzeichnet von Lenin, dem Oberbefehlshaber Strukow und dem Kriegsbevollmächtigten Potjomkin.

Die Freilassung des rumänischen Gefangenen.

Lugano, 20. Jan. Nach einer Petersburger Meldung des „Corriere della Sera“ hatte der rumänische Gefangene Diamandi sofort nach seiner Freilassung eine lange Unterredung mit dem französischen Volkskammer. Wahrscheinlich wird die ganze rumänische Gefangenschaft Petersburg verlassen.

Die Auflösung des russischen Heeres.

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt nach zuverlässigen Nachrichten aus den letzten Wochen nach folgendes über den Zustand der russischen Armee: Die Abwesenheit nimmt erheblich zu, trotz der Forderung der Verbandsmächte, die unter anderem durch englische Unteroffiziere Sämpas und Getränke an die Mannschaften verteilt lassen. Sehr viele Märsche werden nicht mehr zurückgelegt. An der ganzen russischen Front ist eine starke Verminderung der Frontstärken festzustellen. Der Einfluß der Offiziere ist gering. Der Versorgungsmangel kommt hinzu. Die Kriegsinflation hat ihre Tätigkeit entfaltet. Von der ukrainischen Front ziehen immer mehr großrussische Truppen ab. Ähnlich sind die Verbandskräfte von der Front verschwinden. Zwischen den Rumänen und den Russen herrscht ein schlechtes Verhältnis. Die Feinde gegen

Deutschland in und hinter der russ. Front, von der ja auch in den West-Vitowst Verhandlungen die Rede war, hat nur geringen Erfolg. Auch gegen die Volkskommission richtet sich eine starke Strömung in der Armee, die durchaus Frieden haben und nach Hause zurückkehren will. Volk und Heer in Russland lehnen sich nach Frieden und wollen endlich Ordnung und Ruhe zu ihr der aufbauenden Arbeit. Darum können wir mit Gelassenheit der weiteren Entwicklung in West-Vitowst entgegensehen, so erwünscht uns auch ein rascher Sonderfrieden wäre. Die russische Armee dürfte schwerlich wieder auf Kriegsbasis gebracht werden können. Selbst England, Frankreich und Amerika rechnen nicht mehr damit.

Graf Czernin.

WW. Wien, 19. Jan. Graf Czernin beabsichtigt, demnächst in West-Vitowst auf die letzte Volkshand des Präsidenten Wilson zu antworten.

Die ersten Brasilianer.

Schweizer Grenze, 20. Jan. Aus Mailand meldet man den „Bern. Tagbl.“: An der Westfront sind 20 brasilianische Fliegeroffiziere eingetroffen, die ersten Brasilianer, die sich aktiv am Krieg beteiligen.

Eine spanische Kaserne in die Luft geflogen.

Genf, 19. Jan. (WW.) Nach einer Meldung der „Agence Havas“ in Bilbao: Die Kaserne Victoria, in der eine Waffen- und Munitionslagerung untergebracht war, infolge Brandes in die Luft geflogen.

Das Attentat auf Lenin.

Lugano, 19. Jan. Ueber den Anschlag auf Lenin berichtet der „Corriere della Sera“ aus Petersburg: Der Anschlag ging von einer Frau aus, die vier Revolverkugeln auf Lenin abgab, ohne ihn zu treffen, und die dann unerkannt entkam. Die maximalistische Regierung behauptet Schwärzen über das Attentat.

Das Ultimatum an Rumänien. — König Ferdinand nicht verhaftet.

Basel, 20. Jan. Die „Neue Korrespondenz“ meldet aus Petersburg: Das Smolny-Institut demontiert die Nachricht, daß Befehl zur Verhaftung des Königs von Rumänien gegeben worden sei. Es wird jedoch bestritten, daß das Smolny-Institut sehr ernste Maßnahmen ergreifen würde, wenn die Rumänen dem Ultimatum nicht unterwerfen.

Die Verhandlungen in West-Vitowst

wurden am 18. Januar weiter fortgesetzt, ohne daß Fortschritte erzielt wurden. Trotz besteht auf seinem Referendum nach Zurückziehung der deutschen Truppen, während Herr v. Bülow den bekannten deutschen Standpunkt verteidigte und aufrecht erhielt. Bezüglich dieser wichtigen Frage sind die Verhandlungen auf einen toten Punkt geraten. In der bei der letzten Sitzung angesprochenen Frage betreffend die Rückkehr der aus den besetzten Gebieten während des Krieges ausgewanderten wiederholte Staatsbürger v. Bülowmann, daß die Mittelmächte im Prinzip mit dem Gedanken der Rückwanderung einverstanden seien und daß die praktische Durchführung dieser Repatriierung am besten der Kommission zu überlassen wäre, die mit dem Austausch der Zivilgefangenen beauftragt ist. Auf die Anfrage des Staatssekretärs v. Bülowmann, ob es der russischen Regierung möglich sei, sich über die in Betracht kommenden Emigranten nachzusehen, darüber zu verhandeln, daß sie vor ihrer Abwanderung in den feindlichen Gebieten gelebt haben, erwiderte Herr Trotski, daß diese Flüchtlinge und Emigranten derzeit in Russland in Bandenorganisationen zusammengefaßt seien, deren Zentralorgane zweifellos die Möglichkeit besitzen, diesen Nachweis zu liefern. Im Laufe der Besprechung vom Vortag erklärte der Staatssekretär v. Bülowmann an auf Nachfrage über die Verhältnisse des Ausbaus zur Petersburger Regierung. Hierauf gab Herr Trotski nachfolgende Auskunft:

Die russische Armee steht in vollem Umfange unter dem Befehl von Vorgesetzten, die dem Note der Volkskommission unbedingt ergeben sind. Es wurde vor etwa zwei Wochen beauftragt auf dem allgemeinen Kongress der Delegierten der Kaukasus-Front. Eine weitere Frage des Staatssekretärs hatte die Kalandinseln zum Gegenstand und Herr v. Bülowmann führte dabei aus, die Kalandinseln seien für Deutschland als einem der Rituiergegenden eines alten Vertrages bedeutsam. Zunächst sei die Vorfrage zu lösen, ob das Kalandinseln nach wie vor von der Petersburger Regierung behandelt werde, oder ob jetzt die von mehreren Mächten anerkannte finnische Republik international als zur Vertretung der Kalandinseln betreffend Fragen berechtigt zu betrachten sei.

Nachdem Herr Trotski erklärt hatte, daß die Proklamation der finnischen Unabhängigkeit Finnlands bisher keinerlei Veränderung in der Frage des Kalandinseln hervorgerufen habe, wies Staatssekretär v. Bülowmann darauf hin, daß aus dem Kalandinseln-Vertrag, dessen Unterzeichnung aus einer rein historischen Konstellation, nämlich der des Primatates zu erklären seien, für Deutschland individuelle Rechte erwachsen, deren Anerkennung in dem Friedensvertrage eine deutsche Forderung darstellen würde. Russland würde durch eine solche Anerkennung nichts aufgeben, was es vor dem Kriege befehlen hätte, wenn man nicht etwas behaupten wollte, daß die vertragswidrige Befestigung der Kalandinseln während des Krieges und der durch die heutige Regierung angeordnete Verlust des zaristischen Regimes, die vertragswidrige Befestigung zu einem dauernden Recht zu erheben, irgend ein neues Recht in dieser Frage geschaffen hätte. Im übrigen sei es im Interesse der Aufrechterhaltung der Harmonie unter den die Offize anwohnenden Völkern ein deutscher Wunsch, daß bei der Erneuerung der betreffenden Vertragsbe-

stimmungen die Anwohner der Offize, insbesondere das durch seine geographische Lage an der Grenze in hervorragender Weise interessierte Schweden zur Mitbestimmung und Mitunterzeichnung herangezogen werden. Schweden sei zwar bei den gegenwärtigen Beratungen nicht vertreten, er habe aber Grund zu der Annahme, daß die Wünsche des schwedischen Volkes, wenn es auch bei den gegenwärtigen Beratungen nicht vertreten sei, sich in dieser Richtung bewegen. Herr Trotski bestritt eine Antwort auf diese Anregungen für später vor.

Am Schluß der Nachmittags-Sitzung erklärte Herr Trotski, aus innerpolitischen Gründen sich für die Dauer einer Woche nach Petersburg begeben zu müssen, weshalb er die Vertagung der Verhandlungen der politischen Kommission bis zum 29. Januar vorschlägt. Mit seiner Abreise gehe die Führung der russischen Delegation auf Herrn Zoffe über. Auf Seiten der Mittelmächte wurde diese Erklärung zur Kenntnis genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach der Rückkehr des Herrn Trotski eine volle Einigung zu erzielen wäre.

Die Wirtschaftskommission, die am 18. unendliche, verteilte Besprechungen hatte, schloß ihre erste offizielle Sitzung am Samstag, vormittag 11 Uhr, ab.

Landtagsverhandlungen.

Abgesandtenhaus.

Berlin, 19. Januar.

Am Mittwoch, Dr. Friedberg, Bericht v. Breitenbach, Dr. Drenth, Spahn, Epshaus.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Das Gesetz über die Erhöhung der Personen- und Gütertarife befindet sich bereits im Druck. Ich lege Wert darauf, daß es bei der ersten Lesung des Reichstages mitbrachten und zusammen mit dem Etat des Reiches übergeben wird. Ich habe gewünscht, diese Erhöhung erst nach Friedensschluß durchzuführen. Leider liegt die ungewöhnliche Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung diese Absicht nicht ausführen. Es wird beabsichtigt, die Tarifserhöhungen zum 1. April in Kraft treten zu lassen.

Abg. v. Winkler (natl.): Unsere Hochachtung vor dem Vorgänger des Finanzministers wurde gesteigert durch, daß er aus der politischen Lage die entsprechenden Folgerungen gezogen hat und aus seiner Stellung zurückgetreten ist. Der Ton der Rede des neuen Finanzministers beruhigt uns wohlwollend. Seine Rede war ein Bekenntnis zu preussischer Kraft und deutschem Siegeswillen. (Beifall.) Wir müssen beibringen, die Früchte des Sieges zu ernten. Unsere finanziellen und wirtschaftlichen Zustände haben in diesem schweren Jahre die Herausforderung erhalten. Wir müssen Sorge tragen, daß in Zukunft unsere Lage zu neuer Größe geöffnet werden. Wir fordern insbesondere, daß in den Verhandlungen mit Russland die preussischen Interessen berücksichtigt werden und daß Ostpreußen, der Eckstein unserer Macht im Osten, fest fundiert wird. Ich weise auf die Rundgebung des Professors Koch hin, daß durch Friedensbedingungen unser Ansehen geschädigt wird.

Abg. Dr. Schmieding (Zentr.) beantragte, daß die Eisenbahntarifreform schon jetzt in Kraft gesetzt werden soll. Die Beamtenbefolgungsfrage muß in organischer Weise gelöst werden. Das Wirtschaftliche entwickelte sich in den letzten Jahren günstiger. Es war deshalb möglich, neben den notwendigen Ausgaben auch erhebliche Aufwendungen für Wohlfahrtszwecke zu machen. Erstens ist, daß der Finanzminister sich einem Uebergriffen des Reiches in die direkten Steuern Preussens zu widersetzen gedenkt. Die bisherigen Steuererhöhungen reichen nicht aus. Die preussischen Finanzen haben nicht den guten Ruf der Solidität eingebüßt. (Beifall.)

Abg. Dr. Böckling (natl.): Wir wissen dem Finanzminister Dank für seine Erklärung, daß wir wirtschaftlich und finanziell auf alle Eventualitäten eingerichtet sind und gut ausgerüstet sind. Wir müssen ein großes aufwändigendes Wassertrabanten haben. Ich denke dabei besonders an den Bau des Mittelkanals und eine Verbindung von Elbe-Donau. Wir werden prüfen müssen, ob das zwischen der Eisenbahnverwaltung u. der allgemeinen Staatsverwaltung getroffene Finanzabkommen weiter bestehen soll. Bei der Uebertragung wirtschaftlich müssen wir an den Aufbau der Kriegswirtschaft mit ihren ungelunden Zentralisationen herangehen. Einmal eingeführt, sind die Tarifserhöhungen später schwer zu beseitigen. Brechen kann ohne das Einkommen der Vermögenssteuer den finanziellen Aufgaben nicht gerecht werden. Mit der Steuerreform müssen wir warten, bis die Entschärfung des Reiches vorliegt. Auf die Einführung einer Erbschaftsteuer für Einkünfte werden wir nicht verzichten können und auch an einen weiteren Abstieg auf dem Gebiete der Vermögenssteuer werden wir herangehen müssen, wenn wir darauf verzichten, von unseren Gegnern eine bare Entschädigung zu verlangen.

Abg. Wehring (U. G.) polemisiert gegen die Ausführungen des Finanzministers, bleibt aber auf der Tribüne weit unerschütterlich. Redner erörtert ausführlich die Forderung. In Besprechung der Schuldlast betonte der Redner, daß man früher die Forderung der Schuldlast gehabt habe, während jetzt beides vorhanden sei.

Abg. Frhr. v. Bethlig (freil.): Wir sind überzeugt, daß die Friedensverhandlungen mit Russland in vollem Einklang zwischen der Reichs- und Reichsleitung geführt werden. Wir sind der Ansicht, daß wir jetzt von allen Bindungen, vor allem auch von dem Reichslagsbeschluss vom 19. Juli glückselig völlig frei sind. (Sehr richtig rechts.) Es muß auf einem vollen Ausgleich stehen für die schweren Opfer an Gut und Blut. Ich habe die feste Überzeugung, daß alle unsere Volksgenossen, einschließlich der Sozialdemokraten entschlossen sind, im Kampfe nicht nur durchzuhalten, sondern auch mit Hindernissen zu sagen: Wir werden hängen! (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. G. Dr. Wehring hat ein trübes Bild von den Verhältnissen in Preußen entworfen. Ich kann ihm auf dieses Gebiet nicht folgen, weil wir uns jetzt alle Zurückhaltung auferlegen müssen. Wenn manches nicht gelungener ist, so liegt das nicht an dem guten Willen, sondern an den Schwierigkeiten der Verhältnisse. Wir haben keine Veranlassung, etwas über unsere Zustände zu verheimlichen. Wir können stolz sein auf das, was wir geleistet haben. (Beifall.) Der Abg. Wehring bemängelt, daß ich sagte, die Amerikaner werden nicht kommen. Beweisen kann ich nicht, aber ich habe die feste Überzeugung, daß sie nicht kommen werden. (Beifall rechts.)

Abg. G. (Hpt.) bespricht die finanzielle Lage. Die Weiterberatung wurde auf Montag, 11 Uhr vertagt. Schluß 3 Uhr.

Wie stehts in Brest-Litowsk?

Diese brennende Frage beantwortet die „Frankf. Ztg.“ in einem kritischen Rückblick wie folgt:

Beim Lesen jener Berichte hat man bisweilen mehr den Eindruck, als habe man es mit einer Disputation über gewisse politische u. soziale Theorien als mit Verhandlungen über einen möglichen herbeizuführenden Frieden zu tun. Um diesen aber handelt es sich, und der deutsche Hauptbotschaftsminister Herr v. Kühlmann ist dauernd bemüht, die Verhandlungen auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen, was allerdings bei dem Verhalten des Herrn Trotski, immer wieder die Erörterung auf das Gebiet der Theorien zu drängen, einige Energie erfordert. Daran lassen es die deutschen Delegierten offenbar auch nicht fehlen, auch nicht an der nötigen Bestimmtheit, daß die deutsche Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen gewisse Grenzen habe, die uns vor allem durch gewisse militärische Notwendigkeiten gezogen werden.

Das, was von der Seite der Mittelmächte als auch ihres Zugeständnis angeklagt worden ist, hat Herr v. Kühlmann als Antwort auf die von den Russen schriftlich formulierten Vorschläge festgelegt. Danach haben Deutschland und seine Verbündeten nicht die Absicht, die jetzt von ihnen besetzten Gebiete sich einzuverleiben, wollen den Bevölkerungen auch keineswegs bestimmte Formen der Herrschaft aufzwingen, aber sie wollen sich und den Völkern freie Hand für den Abschluß von Verträgen vorbehalten. Solange der Weltkrieg dauert, können die Völker der Verbündeten nicht zurückgegeben werden. Man wird die Zahl verringern bis auf das Maß, das zur Aufrechterhaltung der Ordnung unbedingt erforderlich ist. Die Mittelmächte sind nicht gegen die Errichtung von nationalen Organismen. Die Rückkehr der Flüchtlinge in die besetzten Gebiete soll mit Wohlwollen geprüft werden, mit der fortwährenden Annäherung des allgemeinen Friedens soll den gewählten Vertretern der Bevölkerung in immer steigendem Umfange die Mitwirkung an der Verwaltung der Gebiete eingeräumt werden. Was die Willensänderung der Völker betrifft, so halten die Mittelmächte ein Referendum für unpraktisch, wohl aber meinen sie, daß eine auf breiter Grundlage gegründete Nationalversammlung durchaus geeignet sei, ein Volkstum abzugeben. Dabei soll, wie in der späteren Debatte kategorisch verabschiedet wurde, das noch anstehende Militär sich jeglicher Einwirkung auf die Wahlen enthalten. Der deutsche Wille zum Frieden zeigt sich in diesem ehrlichen Entgegenkommen deutlich genug. Dennoch ist es bisher über keinen der vier Punkte zu einer Einigung gekommen, wiewohl Herr Trotski, wie Herr v. Kühlmann mit Recht ausführt, immer nur so spricht, als habe er den Frieden zu diskutieren, und sich keine Mühe gibt, den Standpunkt der anderen Partei Rechnung zu tragen. Mit anderen Worten, erkündigt sich nicht um die wirkliche Lage der Dinge, überläßt vielmehr, daß es zu diesen Verhandlungen im Verlauf eines künftigen Krieges gekommen ist, dessen Ergebnisse eben durch die Verhandlungen festgestellt werden sollen, und begnügt sich damit, Forderungen zu erheben, die seiner politischen Theorie entsprechen.

Auf diesem Wege wird es natürlich, wie Herr v. Kühlmann hervorgehoben hat, schwerlich zu einer Einigung kommen. Wenn die deutschen Vertreter sehr viel Geduld zeigen, so tun sie dies in der Erwartung, daß trotz allem der Wunsch der Russen nach einem baldigen Frieden immer wieder verstärkt wird. In dieser Wille zum Frieden ernst, so wird es sich ja nun wohl bald zeigen müssen, nachdem von der deutschen Seite mit voller Klarheit und Ehrlichkeit dargelegt worden ist, wie man zu einer für beide Teile und die Bevölkerungen der besetzten Gebiete annehmbaren Lösung gelangen kann.

Schönende Vorbereitung.

Die Propaganda unserer westlichen Gegner arbeitet im Hinblick auf die erwartete deutsche Offensive im Westen mit Nachdruck. Es will scheinen, als sei das Selbstvertrauen der Engländer und Franzosen diesmal weniger groß als sonst, und wie mit ihrem Selbstvertrauen, so geht es auch mit ihrem Mund. Sie halten es für nötig, die beiden Völker durch die offiziellen Nachrichtenagenturen „Gobas“ und „Reuter“ vorsichtig darauf vorbereiten zu lassen, daß die Deutschen bei ihrem Angriff „möglichst rasch“ einige Kilometer Landes, ferner Geschütze und Gefangene gewinnen könnten. Offenbar haben die Bevölkerungen beider Länder eine solche schonende Vorbereitung dringend nötig, denn anders kann man sich vor allem den französischen Bericht auf alle Großsprecher nicht recht erklären.

Unpolitische Zeiläufe.

(Nachdruck unterlagt.)

Berlin, 18. Jan.

Wetter: Schnee und heute Schnee. Wochenlang fällt aus der Höhe. Reiter Schnee und wieder Schnee. Geht aus Freude, dann zum Weh. Sehr verlässliche Frau Holle, Treib' ich nicht zu tolle. Haben nun von deiner Holle. Schon genug auf unsterblicher. Liebtlich warst du meine Holle, Doch wenn sie zusammenstehen, Rufen Freud' und Wogen stoben Und der Mensch kriegt nasse Socken. Wader sich die Hände regen, Um die Straße frei zu legen. Was hilft Schuppen, was hilft Segen, Kommt Du gleich mit neuem Segen! Mutter Holle, laß Dich bitten. Willst Du weiter Reiten schütten. Zu es in Stübchen Ritten Und verschone unsere Gassen.

Der arme Schneefall kostet viel Schweiß und Kummer; aber man kann ihm auch gute Seiten abgeminnen.

Summelt eine Sportseite. Da denkt ihr nun gleich an Schlittenfahren, Rodeln oder vielleicht auch Schneeballschlagen. Keim, ich meine das ganz andere Schneeschlitten. Darf der vorzüglichen Verfügung der Obrigkeit sehe ich in den Berliner Straßen schneige Leute, die es „schönlich gar nicht nötig haben.“ Insbesondere höhere Schüler, die statt der Feder die Schippe führen und statt der gelehrten Bücher die eisigen Schneebrotten wälzen. Ist das nicht eine gesunde Beschäftigung in der kalten Luft? Es gehört freilich nicht zu dem kalten Sport, aber es ist ein heiliger Sport. Bisher galt erst das für handgemacht, was keine Rufen abwarf. Jetzt lernen die Jungen wie die Alten, daß auch die gemeinnützige Arbeit nobel ist.

klären! Erhebend aber ist für uns, daß Reuter, der jeden Quadratmeter englischen Geländegewinns während der Artois- und Glanzenoffensive wie einen großen, entscheidenden Sieg in die Welt polierte, jetzt schon im Voraus mit holländischer englischer Heuschrecke versichert, der Gewinn einiger Kilometer seitens der Deutschen würde wenig ins Gewicht fallen.

Vergebliche italienische Anstrengung.

Kriegspressquartier, 18. Jan. Der Angriff der Italiener wurde fortgesetzt und brachte ihnen einen neuen Mißerfolg. Nach großer Artillerievorbereitung erfolgte auf den Siebenbrunnen zu Tausendenschüssen ein Schussangriff. Der Hauptangriff erfolgte tags darauf aus dem Urtum des Gellio-Tales gegen den Monte Vertica. Von hier aus sollte die Solone-Stellung eingenommen werden. Trotz wiederholtem Waffenansturm blieb die Verteidigung unerschütterlich. Die angreifenden Verbände wurden zu Schanden geschlagen. Weiter östlich demonstrative Anstöße und schließlich ein Feuergefecht. Der Angriffsräum hat sich verbreitert und umschließt den Ostteil der Siebenbrunnen bis zur Waberggasse. Der eigentliche Angriffsräum vor hier aber nur die Gellio-Tal östlich der Brenta bis zum Grappa-Berg. (R. V.)

Der Besetzungszug in der russischen Armee.

In Ausführung und Erweiterung einer militärischen Mitteilung in der letzten Pressekonferenz berichtet gestern Abend die „Germania“: Die Zustände an der russ. Front bedeuten die nachfolgende Auflösung des russischen Heeres. Die Verhältnisse sind derart, daß die Russen gar keine Möglichkeit mehr haben, mit diesen Truppen gegen uns die Feindeslücken wieder zu eröffnen. Die von Petersburg abhängige russ. Front reicht vom Rigaischen Meerbusen bis in die Gegend von Rowno. Dort beginnt dann die Front der Ukrainer und Rumänen. Bei vielen Truppenteilen herrscht Anarchie. 200 Kilometer an der russ. Front sind völlig geräumt. Geschütze und Waffen sind in den Gräben tief verstreut zurückgelassen. Die Pferde haben die Russen zum größten Teil an die Deutschen verkauft da ihnen Futter für die Tiere fehlt. Neulich kam ein Offizier an die deutschen Gräben und verkaufte sein Pferd mit voller Ausrüstung. Groß ist die Zahl der zu uns überlaufenden Truppen, besonders Polen kommen viel. Beim dritten russischen Korps wurden jüngst 500 Mächtige Offiziere festgehalten. An und hinter der Front sind vielfach Kämpfe zwischen Russen, Rumänen, Ukrainern und Maximilianen. Die Entente-Propaganda unter den russischen Truppen ist noch reger, aber ergebnislos. Die russischen Truppen glauben nicht die Meldungen, die ihnen über die angeblich schlechten Verhältnisse in Deutschland und Österreich gemacht werden. Die Russen denken nicht daran, weiter zu kämpfen. Neulich verbreiteten sie, ein Befehl Anstalts habe die Wiederbesetzung der Gräben gefordert. Die Ausführung sei von den Truppen aber verweigert worden. Ganz offen hört man die Russen an, selbst bei Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk würden sie die Feindeslücken nicht wieder aufnehmen. Ganz so groß wie an der Nordfront ist die Auflösung an der ukrainischen Front nicht, aber auch dort sind die Zustände, da eine Kampfmoralität dieser Truppen ausgeschlossen ist. Dieser Zustand des russ. Heeres ist eine Bürgschaft für das Ausbleiben des Friedens. Dieser Friede soll unseren und den russischen Interessen entsprechen, damit er von Dauer ist.

Unbedingt Frieden!

Kopenhagen, 18. Jan. Der Berliner Bericht-erstatte des „Politiken“ meldet: Nach Mitteilungen der „Liberte“ hat Lenin an alle russischen Soldaten eine Umfrage gerichtet, ob sie weiter kämpfen würden, wenn die Mittelmächte die russ. Friedensbedingungen ablehnten. Die Soldaten sollen geantwortet haben, sie würden es vorgehen, daß die Deutschen die Ostprovinzen annehmen, als daß der Krieg fortgesetzt würde. Petersburg Telegramme zufolge ist die allgemeine Wehrpflicht für die Marine aufgehoben worden. Ein gleicher Erlass wird demnächst für das Heer erlassen.

Schweizer Grenze, 18. Jan. Der „Neuen Zürcher Ztg.“ zufolge erklärte der russische Regierungs-kommissar auf der Konferenz über die Demobilisierung der Soldaten stürben nach Hunderttausenden an der Front und der Hunger trieb sie allmählich ins Land hinein, wo sie alles verwüsteten, was sie antreffen.

Neuerliche Unterbrechung?

Russische Grenze, 18. Jan. In Russland rechnen man mit einer neuerlichen Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk, da der Ausschuss

für Vorbereitung der Konstituante es für notwendig hält, daß Trotski mündlich vor den Sowjets Bericht über den Gang der Verhandlungen erstattet. Eine diesbezügliche Aufforderung ist bereits an die russische Delegation in Brest-Litowsk ergangen.

(Offenbar spricht sich hierin die gleiche Verschleppungsabsicht der russischen Unterhändler aus, von der augenscheinlich auch der Volkskommissar Trotski in seinem Diskussions-tumult gestört wird. (Knn. d. Red.)

Unsere wirtschaftlichen Verhandlungen mit Russland.

Die Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen zu Essen hat sich in einer Rundgebung an den Reichskanzler gewandt, in der ausgeführt wird, daß angesichts der Bedeutung des deutsch-russischen Handelsverkehrs eine allgemeine Weisungsbefugnis als unzureichend zu bezeichnen ist. Sie fordert daher den Abschluß eines Handelsvertrages und die Zulassung von ersten Sonderständen unserer Wirtschaftslage zu den im Gange befindlichen Verhandlungen.

Weitere Urteile zu Trotski's Forderungen.

Wien, 18. Jan. In der fortgesetzten Besprechung der Vorgänge in Brest-Litowsk bezieht es ein großer Teil der hiesigen Presse als ganz unmöglich, auf Trotski's und seiner bolschewistischen Genossen Gebotsanträge einzugehen, die offensichtlich darauf abzielen, die maximalistischen Dogmen unter den Vätern der Mittelmächte gegen die in diesen bestehenden Ordnung zu verbreiten und nach einem etwa kommenden Friedensschluß einen politischen und gesellschaftlichen Feldzug gegen die Mittelmächte zu eröffnen. Die Reichspost führt dabei dem Bolschewismus schonungslos zu Gemüte, wie sie in Russland selbst ihre Grundzüge von Volksbefreiung und Selbstbestimmung handhaben, indem sie alle andern ihnen feindlichen Volksbewegungen gewalttätig unterdrücken und die Konstitutionen teilweise aus dem Leben zu schaffen, sowie deren Zusammenstöße verhindern, weil die Volksmacht keine Weisheit für sie ergeben hat. Es herrscht übrigens noch wie vor die Ueberzeugung, daß die Bolschewisten trotz dieser seltenen Seitenwunden gewunden sind, Frieden zu schließen, weil sie den Krieg angesichts der allgemeinen Friedenssehnsucht der Bevölkerung und des fortschreitenden Vorrates der russischen Front und des russischen Heeres infolge der massenhaften Fahnenflucht der russischen Soldaten gar nicht wieder aufnehmen können, und weil der Friedensschluß die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung und Festigung ihrer noch unsicheren Gewaltverhältnisse ist.

Heraushebung der Mehlration in Wien.

Wien, 18. Jan. Durch eine Verordnung des Wiener Volksnahrungsmittelamtes wird die bereits angeordnete Mäßigung der Verbrauchsquote an Getreide und Mehl angeordnet. Durch diese Verordnung wird eine allgemeine und gleichmäßige Mäßigung der Mehlverbrauchsquoten für alle Erzeuger und Verbraucher in allen Verwaltungsgebieten bestimmt. Die Mäßigung der Verbrauchsquote erstreckt sich auf die Richtschiffverbraucher lediglich auf die Mehlverbrauchsquote, welche um die Hälfte gekürzt wird. Die Höhe der Ration bleibt unverändert. Der Richtschiffverbraucher wird um eine Wochenmenge von 1150 Gramm Mehl gegen früher 1400 Gramm beziehen, der Selbstverbraucher wird fortan über eine Wochenmenge von 1575 Gramm Getreide gegen früher 2100 Gramm verfügen.

Rußland.

Verschönerung gegen das Leben Lenins und Trotski's.

Waf-1, 18. Jan. (ab.) Wie der russische Presseberichterstatter in Bern der „Reff. Ztg.“ zufolge meldet, haben die maximalistischen Untersuchungsbehörden eine Verschönerung gegen Lenin und Trotski entdeckt. Ein sozialistischer Revolutionär soll gegen eine Verurteilung von 25 000 Rubeln sich haben bereinigen lassen, die beiden Volkskommissare aus der Welt zu schaffen.

Der maximalistische Stadthauptmann von Petersburg, Feuermann, mußte wegen Erpressung verhaftet werden. Die in Petersburg verhafteten Vandalen wurden gegen eine Kaution von einer Million Rubeln freigelassen.

Russische Anarchisten.

Wien, 18. Jan. In Russland ist eine neue politische Gruppe entstanden, für die selbst die Bolschewisten zu bedauern haben. In den Petersburger Fabriken beginnt die Propaganda der Anarcho-Syndikaten, die sich hauptsächlich aus

amerikanischen Emigranten zusammensetzt. Sie treten für die Beseitigung jeder Zentralgewalt ein.

Russische Räumung Armeniens?

Konstantinopel, 17. Jan. Daily News melden aus St. Petersburg: Die Staatskommissare teilten der russischen Delegation in Brest-Litowsk mit, daß Russland hinsichtlich türkisch-Armeniens das Selbstbestimmungsrecht der Armenier in den von Russland besetzten Gebieten anerkannt habe. Russland werde seine Truppen aus den besetzten Gebieten zurückziehen. Eine armenische Miliz werde gebildet werden.

Auch die ägyptischen Anleihen.

Amsterdam, 18. Jan. Reuter meldet aus Petersburg: Der Rat der Volkskommissare hat dem ausführenden Ausschuss der Sowjets eine Verfügung vorgelegt zur Aufhebung, wonach alle auswärtigen Anleihen bedingungslos und ohne Ausnahme für nichtig erklärt werden.

Nordamerika.

Einschneidende Maßnahmen infolge Kohlenmangels.

Washington, 18. Jan. Reuter meldet aus Washington: Um der Kohlenknappheit abzuwehren, hat das Feld, der erste Schritt für Brennstoffe, angeordnet, daß alle Fabriken in Amerika, mit Ausnahme der Lebensmittelabriken, für fünf Tage geschlossen werden. Weiter wird mitgeteilt, die Regierung werde an den zehn kommenden Montagen die Fabriken mit Ausnahme der Lebensmittelabriken schließen. Diese Maßnahme trifft alle Staaten im Osten, mit Einschluß von Minnesota und Louisiana. Die Regelung tritt am 27. Januar in Kraft. Ferner erhalten die Zeitungsbetriebe nur noch für eine Ausgabe täglich Kohlen. Geschäftsräume können an fünf Tagen der Woche geheizt werden, müssen aber an Sonn- und Feiertagen geschlossen sein. Die Theater müssen die ersten zehn Montagen geschlossen werden. Die Bevölkerung wird daran erinnert, daß Ueberretungen des Gesetzes betr. die Lebensmittelregelung, worunter die neue Verordnung fällt, mit Strafen bis zu 5000 Dollar geahndet werden.

Deutschland.

Wahlreform in Preußen.

Wien, 18. Jan. Nachdem sich in der fortgesetzten Beratung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses noch einige Vertreter der Parteien zu der Frage des gleichen Wahlrechtes geäußert hatten, wies der Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. Friedberg darauf hin, daß die Vorlage nicht unterbreitet habe. Er habe sie bei seinem Eintritt in das Staatsministerium bereits fertig vorgefunden. Er wies den Vorschlag zurück, daß die Regierung nicht mitgearbeitet habe. Die Notwendigkeit der Einbringung der Vorlage folge aus der politischen Situation. Zwischen den gleichen Wahlrecht unter gewissen Rahmen und dem Pluralwahlrecht sei überbaupt kein wesentlicher Unterschied. Die Verhältnisse der Regierung veränderten sich nicht hinter der Vorlage vom 11. Juli.

In der auf die Debatte folgenden Abstimmung entschied sich die Kommission, die Herrenhausvorlage zuzustimmen zur Beratung zu stellen.

Preisbefreiung des Getreides.

Berlin, 18. Jan. Der Kabinettsrat 1918 sieht 15 neue Preisbefreiungen im Hauptamt vor, u. zwar für Rastenburg, Angerburg, Stollpöten, Rastenburg, Sorau, Wargen, Neumarkt, Gersdorf, Neuhaldensleben, Halle (Saale), Sameln, Wildeshausen (Land), Lehe (Land), Siegen, Wehr. Als Begründung werden zunehmende Schwierigkeit der Rastenburg in den Industriegebieten und andern aufstrebenden Orten, auf dem Lande ungünstige Verkehrsverhältnisse angegeben.

Liquidation feindlichen Eigentums.

Reichshauskassendirektor befehligt am 18. wiederholt in vertraulicher Beratung mit dem Liquidation der feindlichen Werte in Lothringen. Dabei fand folgende Resolution des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten Annahme: Der Reichskanzler zu eruchen, alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und durch die Aufsicht über die Naturkatastrophen (Kohlen, Erze usw.) die Interessen der Allgemeinheit gegenüber den Syndikaten zu sichern. Die feindlichen Angelegenheiten wurde schließlich an den Unterausschuss zurückerufen. In gleichfalls vertraulicher Weise behandelte der Ausschuss die Liquidation von zehn eisenhaltigen Baumwollbetrieben, die sich zu mehr als 50% im französischen Besitz befunden haben.

Alles nimmt einmal ein Ende, auch der hartnäckigste Schneefall und der zäheste Krieg. Auf Weihnachten folgt Ostern, auf den Winter folgt der Frühling.

Nur Geduld und guten Mut!

Ende gut, alles gut!

Ein originelles Weihnachtsfest.

veröffentlicht eine Frau G. Stein in „Main- und Riddoboten“: „Ich bin fünf Jahre mit meinem Mann, Heinrich Stein, verheiratet, lebe in glücklicher Ehe und lasse mir von der Ehefrau A. Rittsch, 145 (Frankfurt a. M.) mein Glück nicht verderben. Da sie andauernd meinen Mann bedrängt, ihn zwingen will, sich von mir scheiden zu lassen, um sie zu heiraten, bitte ich einen heilkräftigen Herrn, sich zu meinen anstelle meines Mannes, damit die endlich unter die Haube kommt. Frau G. Stein und vier Kinder, Ehefrau.“

Alles nimmt einmal ein Ende, auch der hartnäckigste Schneefall und der zäheste Krieg. Auf Weihnachten folgt Ostern, auf den Winter folgt der Frühling.

Nur Geduld und guten Mut!

Ende gut, alles gut!

Ein originelles Weihnachtsfest.

veröffentlicht eine Frau G. Stein in „Main- und Riddoboten“: „Ich bin fünf Jahre mit meinem Mann, Heinrich Stein, verheiratet, lebe in glücklicher Ehe und lasse mir von der Ehefrau A. Rittsch, 145 (Frankfurt a. M.) mein Glück nicht verderben. Da sie andauernd meinen Mann bedrängt, ihn zwingen will, sich von mir scheiden zu lassen, um sie zu heiraten, bitte ich einen heilkräftigen Herrn, sich zu meinen anstelle meines Mannes, damit die endlich unter die Haube kommt. Frau G. Stein und vier Kinder, Ehefrau.“

Verantwortl. für die Druckerei: J. D. Ober, Nürnberg

